

ENTSCHLIESSUGSANTRAG

des Abgeordneten Walter Rauch
und weiterer Abgeordneter
betreffend **strengere Strafen für Klimakleber**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 10, Bericht des Umweltausschusses über den Bericht der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich aufgrund der Entschliessung des Nationalrates vom 26. März 2021, E 160-NR/XXVII.GP (III-835/1937 d.B.).

Mit destruktiven Aktionen legen die sogenannten Klimakleber seit Wochen österreichweit regelmäßig den Frühverkehr an städtischen Hauptverkehrsrouten lahm. Arbeitnehmer gelangen verspätet an ihr Ziel, Einsatzfahrzeuge von Rettung und Polizei müssen im Notfall Staus umfahren. Die dadurch entstehende Luftverschmutzung durch Feinstaub, Stickstoffdioxid etc. lässt sich durch strengere Strafen für Klimakleber rascher beheben, als es eine „Reform von Subventionen mit negativen Klimaauswirkungen“ vermag.

Die Klebeaktionen kommen bei den Österreicherinnen und Österreichern verständlicherweise nicht gut an, wie eine Umfrage der Marktforschungsinstitute Spectra und Integral vom 21. Februar 2023 belegt. Fast die Hälfte der Befragten bewertete die Klebeaktionen als sehr negativ, weitere 18 Prozent sehen diese eher negativ. Nur 16 Prozent stehen voll beziehungsweise eher dahinter. 18 Prozent äußerten sich neutral. Befragt wurden 1.000 für die österreichische Bevölkerung repräsentative Personen zwischen 16 und 75 Jahren, die Online-Befragung wurde zwischen 26. und 31. Jänner durchgeführt. Eine Mehrheit von 53 befürwortet härtere Strafen für Klimakleber.

Der Exekutive fehlen jedoch die rechtliche Handhabe um gegen die Aktivisten vorgehen zu können. Wie Medien berichten, greift die blockierte Bevölkerung inzwischen zunehmend zu Selbstjustiz und schleift die Klimakleber an den Straßenrand. Den volkswirtschaftlichen Schaden hat die Allgemeinheit zu bezahlen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschliessungsantrag

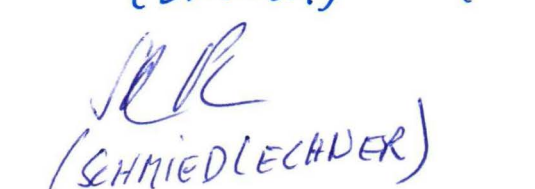
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher strengere Strafen für Klimakleber eingeführt werden.“


(RAUCH)


(SIEBER)

(OERTER)


(CLAUSEN)

(SCHMIEDLECHNER)